

Lehrerhandreichung zur Unterrichtseinheit 6: Klimaschutz und Klimapolitik

Liebe Lehrkräfte,

die Auseinandersetzung mit Aspekten rund um Klimaschutz und Klimapolitik gehört zur Allgemeinbildung, weil es sich bei gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zur Bewältigung des Klimawandels um ein „epochaltypisches Schlüsselproblem“ im Sinne Klafkis handelt. Der Klimawandel beschränkt sich nicht auf einzelne Regionen, sondern ist ein globales, gesamtgesellschaftliches Phänomen, das gleichwohl jeden einzelnen betrifft. Ein grundlegendes Verständnis von Ursachen sowie von Möglichkeiten und Grenzen von Lösungen ist wichtig, damit sich die Menschen an der Lösung solcher gesellschaftlichen Probleme beteiligen. Nur so können Reformen umgesetzt werden. Ziel sollte es sein, dass die Menschen in ihren Rollen als Konsumenten, Wähler, Arbeitnehmer, engagierte Bürger etc. ihre Mitverantwortung und Einflussmöglichkeiten erkennen. Dazu möchte die vorliegende Unterrichtseinheit einen Beitrag leisten.

Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit dem Staat als einem wichtigen Akteur beim Klimaschutz. Dabei können die Schülerinnen und Schüler Grundlegendes, Typisches und Strukturelles über die Wirtschaft erfahren. Dazu gehören insbesondere die Komplexität der Beziehungen zwischen Wirtschaftsakteuren, wiederkehrende Konflikte zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen sowie das Zusammenspiel von wirtschaftlichem Geschehen und politischen Vorgaben.

Wir stellen darin eine Sammlung von unterschiedlichen Materialien bereit. Strukturgrundlage ist dabei der angenommene Lernprozess von vier Phasen bzw. Stufen. Die Unterrichtseinheit ist so aufgebaut und strukturiert, dass mit der Verwendung der vorgeschlagenen Materialien (Hauptmaterialien) die Zielerreichung für jede Lernprozessphase sichergestellt ist. Gleichzeitig versuchen wir den Unterschieden in Kontexten und Lerngruppen gerecht zu werden. Deshalb stehen Ihnen zu jeder angenommenen Phase zusätzliche Unterrichtsmaterialien zur Verfügung (Zusatzmaterialien).

Wir wünschen Ihnen einen spannenden Einblick in die Welt der Energiewirtschaft!

*Ihr Team von
Wirtschaft und Energie*

Unsere Lehrerhandreichungen sind immer in nachfolgender Struktur beschrieben:

Einleitung

I Transparenz des Konstruktionsverfahrens

Erkenntnisleitende Interessen

II Funktion und Reichweite der Materialien

Thematik

- a) Relevante Inhaltsfelder
- b) Curricularer Bezug
- c) Inhaltliche Struktur der Unterrichtseinheit
- d) Zentrale Einsichten

Fachwissenschaftlicher Kontext

Kompetenzen

Methodik

Schlüsselstellen

2

III Schülermaterialien (lernprozessorientiert)

Phase 1: Problemlösender Aufbau

Phase 2: Durcharbeiten einer Struktur

Phase 3: Üben und Wiederholen

Phase 4: Transfer

Einleitung

Die vorliegende Unterrichtseinheit beschäftigt sich am Beispiel des Klimaschutzes mit der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen. Dazu erfolgt eine Auseinandersetzung mit den grundlegenden Möglichkeiten, die dem Staat bzw. der Politik zur Verfügung stehen, um die Menschen zu mehr Klimaschutz zu bewegen. Wichtige Aspekte sind dabei beteiligte Akteure, Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung und in diesem Zusammenhang auftretende Interessen- und Zielkonflikte. Nachfolgend wird ausführlich erläutert, welche fachlichen und fachdidaktischen Überlegungen in die Konstruktion der Unterrichtseinheit eingeflossen sind.

Transparenz des Konstruktionsverfahrens

Erkenntnisleitende Interessen

Die vorliegende Unterrichtseinheit möchte zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit ökonomischen Erklärungs- und Lösungsansätzen anregen und insbesondere der Frage nachgehen, warum der Staat ein wichtiger Akteur beim Klimaschutz ist. Erkenntnisleitend ist dabei die Einsicht, dass unter bestimmten Bedingungen Klimaschutz nur durch staatliche Eingriffe und Rahmensetzungen gewährleistet werden kann (z. B. in sozialen Dilemmasituationen). Dies gilt für die privaten Haushalte ebenso wie für Unternehmen.

Dem Staat stehen grundsätzlich drei Wege offen, über die er die wirtschaftlichen Akteure zu mehr Klimaschutz bewegen kann: Information und Bildung, Zwang durch Ge- und Verbote sowie das Setzen von ökonomischen Anreizen (z. B. Steuern). In unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen kommen wir mit entsprechenden Maßnahmen in Berührung (z. B. Informationen über Energiesparlabel an Geräten, Emissionsgrenzwerte bei Pkws, zinsgünstige Darlehen für Energieeffizienzmaßnahmen). Die Instrumente unterscheiden sich u. a. hinsichtlich ihrer Treffsicherheit, Anreizwirkung und politischen Durchsetzbarkeit. Herauszuarbeiten ist in diesem Zusammenhang, dass der staatlichen Einflussnahme in einer freiheitlich demokratischen Ordnung auch Grenzen gesetzt sind bzw. in einem politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess abzuwägen ist, wie weit in die Handlungen der Akteure eingegriffen werden darf.

Eine weitere, wesentliche Einsicht ist, dass der Staat keine einheitliche Größe darstellt. Am Beispiel der Klimapolitik können die Schülerinnen und Schüler erarbeiten, dass der Staat auf unterschiedlichen politischen Ebenen aktiv ist, zwischen denen es Verflechtungen gibt. Exemplarisch kann dies etwa an dem enormen Einfluss der Europäischen Union auf die Ausgestaltung der nationalen Klimapolitik behandelt werden. An den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sind nicht Personen in Ämtern oder Mandatsträger beteiligt, sondern auch Vertreter von Interessengruppen (z. B. Umweltschutzverbände, Wirtschaftsvertreter, Gewerkschaften). Die Schülerinnen und Schüler können analysieren, inwiefern die Beteiligten aufgrund von verschiedenen Interessen, Positionen und Wertorientierungen zu unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich der Ausgestaltung konkreter Maßnahmen kommen können. Das heißt, dass

schlussendliche Entscheidungen in der Regel immer Ergebnis von Aushandlungsprozessen sind. Ziel ist dabei auch, die Schülerinnen und Schüler dafür zu sensibilisieren, andere Positionen anzuerkennen, zu reflektieren und zu beurteilen. Dies geht damit einher, auch die eigene Position zu hinterfragen und auch Diskrepanzen zwischen unterschiedlichen Sichtweisen auszuhalten.

Die Bewältigung des Klimawandels ist eine komplexe Aufgabe. Aufgrund der vielfältigen Wirkungszusammenhänge ist es nicht immer leicht einzuschätzen, welche Maßnahmen in welcher Weise wirken. Zudem sind neben ökologischen Erfordernissen auch technische Restriktionen sowie ökonomische und soziale Belange zu berücksichtigen. All dies macht deutlich, wie schwierig das Finden von gesellschaftlich tragfähigen Lösungen ist – gerade dann, wenn es um konkrete Maßnahmen wie beispielsweise das Festlegen von Emissionsgrenzwerten oder die Einführung einer CO₂-Steuer geht. Dies sollte erkenntnisleitend in diesem Zusammenhang sein.

Der Klimawandel ist eine wesentliche Facette der ökologischen Probleme, die unsere Form des Wirtschaftens hervorgebracht haben. Die Abholzung der Regenwälder, Artensterben, Grundwasserbelastung durch Schadstoffe, Luftverschmutzung, Vermüllung der Meere sind weitere Facetten dieser Probleme, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstören und eine globale Dimension haben. Insofern stellt der Klimawandel ein exemplarisches Beispiel dar. Die hier gewonnenen strukturellen Erkenntnisse und die erworbenen Analyse- und Beurteilungskompetenzen sind im hohen Maße übertragbar. Anregungen dazu finden sich am Ende der Unterrichtseinheit.

Funktion und Reichweite der Materialien

4

Thematik

Relevante Inhaltsfelder:

- Wirtschaftliches Handeln und Umwelt/Klima
- Wirtschaftspolitisches Handeln am Beispiel Klimapolitik
- Klimawandel/Klimaschutz als Herausforderung

Curricularer Bezug:

- Konsum und Umwelt
- Aufgaben des Staates im Wirtschaftsgeschehen
- Herausforderungen der Wirtschaftsordnung (u. a. Energieversorgung, Klimawandel)
- Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns
- Problemfelder der EU

Inhaltliche Struktur der Unterrichtseinheit:

Der Einstieg in die Unterrichtssequenz kann über Schlagzeilen zu aktuellen klimapolitischen Themen erfolgen, wie es in **M1** vorgeschlagen ist. Die Schülerinnen und Schüler können dabei herausarbeiten, dass Klimapolitik auf unterschiedlichen politischen Ebenen betrieben und ganz konkret vor Ort umgesetzt wird. Es ist zu erwarten, dass die Lernenden nicht unwissend auf das Thema Klimawandel bzw. Klimapolitik treffen werden. Zum einen ist es auch Gegenstand in anderen Fächern und zum anderen wird nahezu jeder in den Medien damit von Zeit zu Zeit konfrontiert sein. Für die Unterrichtsvorbereitung kann es deshalb hilfreich sein, ein möglichst genaues Bild über das Vorwissen und/oder die Interessen der Schülerinnen und Schüler zu haben. Die Zusatzmaterialien (**Z1 bis Z4**) enthalten Anregungen, wie beispielsweise mittels Placemat-Methode oder mit digitalen Tools ein grober Einblick in die Vorkenntnisse und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler gewonnen werden kann.

Im Mittelpunkt der zweiten Phase steht die eigentliche Auseinandersetzung mit der Klimapolitik. Zunächst geht es um die Frage, warum politisches Handeln in diesem Zusammenhang überhaupt notwendig ist. Die Schülerinnen und Schüler sollen erkennen, dass unter bestimmten Bedingungen klimafreundliches Verhalten nur mittels staatlicher Eingriffe gewährleistet werden kann (z. B. in Dilemmasituationen). Dazu können ergänzend oder alternativ über **M2** hinaus die Zusatzmaterialien **Z5 bis Z8** eingesetzt werden, die u. a. auch mit Filmsequenzen arbeiten. An dieser Stelle sei auch auf die Unterrichtseinheit „Private Haushalte und Energiesparen“ verwiesen, die sich intensiv mit Erklärungsansätzen für Hemmnisse beim Energiesparen und klimagerechten Verhalten beschäftigt.

M3 enthält zusammen mit den beiden ergänzenden Zusatzmaterialien **Z9 und Z10** Impulse, sich mit den Möglichkeiten des Staates auseinanderzusetzen, wirtschaftliche Akteure zu mehr Klimaschutz zu bewegen. Konkret wird dabei zwischen den drei Ansätzen Information/Appell, Zwang über Ge- und Verbote sowie ökonomische Anreize (z. B. Steuern) unterschieden. Im Anschluss werden wesentliche Akteure der Klimapolitik behandelt. **M4** stellt dabei ein sehr kompaktes Material dar, das alle politischen Arbeitsbereiche von der kommunalen bis zur internationalen Ebene knapp beschreibt, um deren Verflochtenheit zu verdeutlichen. Die Zusatzmaterialien **Z11 bis Z19** beschäftigen sich jeweils genauer mit einer ausgewählten politischen Ebene. Dabei werden aktuell kontrovers diskutierte Fragen wie beispielsweise der Kohleausstieg (**Z13**) oder die Fahrverbote in einigen deutschen Städten (**Z15**) behandelt. Ziel ist es zu verdeutlichen, dass an den Entscheidungsprozessen verschiedene Akteursgruppen beteiligt sind, die z. T. sehr unterschiedliche Interessen vertreten. Dabei spielen ökonomische, ökologische, aber auch soziale Belange immer eine wichtige Rolle. Bei Konflikten müssen Kompromisse gefunden werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass aufgrund der komplexen Wirkmechanismen es nicht immer leicht ist, wirksame Maßnahmen zu finden. Es obliegt der Lehrkraft zu entscheiden, welche Schwerpunkte an dieser Stelle sinnvoll gesetzt werden sollen.

Im Anschluss an eine kurze Phase zur Wiederholung und Festigung (**M5, Z20 bis Z22**) wird für die Transferphase vorgeschlagen, dass die Schülerinnen und Schüler weitere, wichtige Umweltpolitikbereiche untersuchen. Dazu liefert **M6** einen Analysebogen, der

bei der systematischen Auseinandersetzung helfen soll. Als Anwendungsbeispiele enthalten die Zusatzmaterialien **Z23 und Z24** Impulse, sich mit dem Artensterben (am Beispiel von Insekten) und der Vermüllung der Meere genauer zu beschäftigen.

Hinweis: Mit der Unterrichtseinheit wird eine Kriterien geleitete Sammlung unterschiedlicher Materialien bereitgestellt. Sowohl die Auswahl der Materialien als auch die vorgeschlagene lernprozessbezogene Einsatzreihenfolge stellen eine Strukturierungshilfe dar. Je nach Schulform, Jahrgang, Vorwissen der Lernenden, zur Verfügung stehenden Zeit, angestrebten Kompetenzen und erkenntnisleitenden Interessen können die Materialien flexibel auf die eigene Klassensituation bezogen gehandhabt werden. Anpassungen, beispielsweise hinsichtlich der Aufgabenstellung, können über den Unterrichtsmanager direkt in den einzelnen Materialien vorgenommen werden.

Zentrale Einsichten:

- Die Bewältigung des Klimawandels und die Gewährleistung von Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jeder einen Beitrag leisten muss.
- Es gibt Situationen, in denen sich Menschen trotz besseren Wissens nicht klimafreundlich verhalten. Dies gilt insbesondere für Dilemmasituationen, in denen individuelle Interessen und gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen in Konflikt zueinanderstehen.
- Es ist Aufgabe des Staates, private Haushalte und Unternehmen durch staatliche Eingriffe und Rahmensetzungen zu mehr Klimaschutz zu bewegen.
- Drei zentrale Ansatzpunkte für staatliche Klimaschutzpolitik sind Information und Bildung, Zwang durch Ge- und Verbote sowie das Setzen von ökonomischen Anreizen (z. B. Steuern).
- Staatlichem Handeln, das auf die Beeinflussung des Verhaltens der Wirtschaftsakteure abzielt, sind auch Grenzen gesetzt.
- Der Staat ist auf unterschiedlichen politischen Ebenen klimapolitisch aktiv, die miteinander verflochten sind.
- An den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen sind unterschiedliche Akteure beteiligt, die verschiedene Interessen und Positionen vertreten. Bei Konflikten müssen Kompromisse gefunden werden.
- Die Bewältigung des Klimawandels ist eine komplexe Aufgabe, bei der neben ökologischen Erfordernissen auch technische Restriktionen sowie ökonomische und soziale Belange zu berücksichtigen sind, was das Finden von gesellschaftlich tragfähigen Lösungen zu einer großen Herausforderung macht.
- Die am Beispiel der Herausforderung Klimaschutz gewonnenen strukturellen Erkenntnisse sind auf andere, ebenfalls bedeutende ökologische Probleme übertragbar.

Fachwissenschaftlicher Kontext

An dieser Stelle sind sehr grundlegende fachliche Hintergründe zusammenfassend dargestellt.

1. Ursachen und Folgen des Klimawandels

Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts sind Veränderungen des Klimas zu beobachten. Hierzu gehören unter anderem die Erwärmung der Lufttemperatur, die Abnahme von Schneebedeckung und die Zunahme von Extremereignissen wie Starkniederschlägen und Hitzewellen. Es besteht ein breiter wissenschaftlicher Konsens darüber, dass dieser Klimawandel auf menschliche Aktivitäten seit Beginn der Industrialisierung zurückzuführen ist, die mit dem vermehrten Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase verbunden sind. Insbesondere durch das Verbrennen fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas), die nach wie vor einen Großteil des weltweiten Primärenergiebedarfs decken, werden große Mengen klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) freigesetzt.

Auf internationaler Ebene legt in regelmäßigen Abständen der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC) als Institution der Vereinten Nationen Berichte über Ursachen, Folgen und Empfehlungen für Gegenmaßnahmen vor. Der letzte umfangreiche Sachstandsbericht erschien 2014. Darin haben die Experten deutlich gemacht, dass die zu dem Zeitpunkt geltenden Minderungspläne nicht ausreichend sind, um die Erderwärmung deutlich zu beschränken. Ein im Herbst 2018 veröffentlichter Sonderbericht nimmt Bezug auf das im Pariser Klimaabkommen 2016 festgelegte Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Das Kernergebnis ist, dass sich die Erde schnell erwärmt und die Folgen ernsthafter sind als angenommen. Deshalb sei eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad nur mit erheblichen zusätzlichen Anstrengungen realisierbar, was ambitioniertes politisches Handeln voraussetze. Wichtigste Ansatzpunkte zur Senkung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase sind nach Ansicht der Experten eine drastische Reduzierung des Energieverbrauchs, erhebliche Verhaltensänderungen, wie eine Verringerung des Fleischkonsums, sowie neue Mobilitätskonzepte, deren Technologien ohne Verbrennungsmotoren auskommen. (IPCC 2018)

2. Notwendigkeit klimapolitischen Handelns

Die Einsicht in die Notwendigkeit, Energie sparsam einzusetzen und damit einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, ist in weiten Teilen der Gesellschaft vorhanden. Untersuchungen belegen ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein in der deutschen Bevölkerung (u. a. BMUB 2017). Dennoch ist in der Praxis eine Kluft zwischen Wissen und Handeln zu beobachten, sodass viele Energieeinspar- und Klimaschutzpotenziale ungenutzt bleiben (u. a. Rieß 2003; Schahn/Matthies 2008). Bei der Frage nach den Gründen liefert die ökonomische Perspektive Anregungen und Antworten.

Zunächst ist das Klima genau wie die Umwelt durch Merkmale gekennzeichnet, die in der klassischen ökonomischen Literatur als „öffentliche Güter“ bezeichnet werden (u. a. Mankiw/Taylor 2018; Endres 2013). Solche Güter zeichnen sich dadurch aus, dass niemand von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden kann. Über ein privates Gut, wie Lebensmittel oder Textilien, kann nur der Eigentümer verfügen. Er bestimmt, wer diese

Dinge nutzen darf oder nicht. Anders sieht es bei einer sauberen Umwelt mit einem intakten Klima aus. Davon profitiert jede einzelne Person ebenso wie von Maßnahmen zum Klimaschutz. Es ist kaum möglich, andere von dem Nutzen – z. B. durch Preise, Eintrittsgebühren, Sanktionen etc. – auszuschließen.

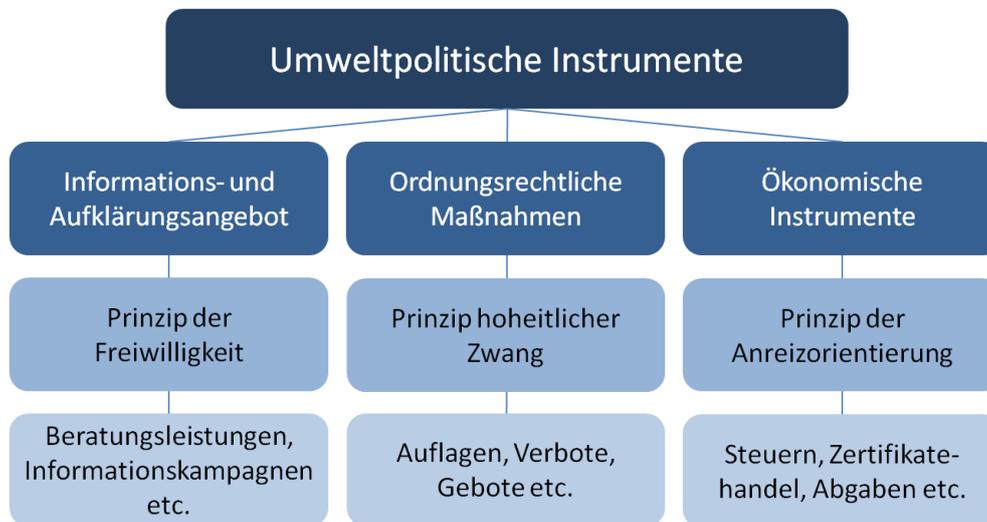
Im Vergleich zu reinen öffentlichen Gütern (z. B. Landesverteidigung, Deichschutz), ist es bei Umwelt und Klima so, dass die Nutzung bzw. der Konsum durch die einen den Nutzen für die anderen beeinträchtigt. Mit anderen Worten, je mehr sie beansprucht werden, desto weniger bleibt übrig. Dies führt zu einem Dilemma: Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht wäre es wünschenswert, dass sich alle umwelt- und klimafreundlich verhalten. Aus individueller Sicht stellt sich die Frage, ob sich der evtl. damit verbundene Aufwand wirklich lohnt – schließlich kommt man auch in den Genuss einer intakten Umwelt, ohne einen Beitrag zu leisten. In der Regel ist klimafreundliches Verhalten immer dann sehr wahrscheinlich, wenn der damit verbundene Aufwand relativ niedrig ist (z. B. Energiesparen durch Verzicht auf Standby). Gemeint sind also nicht nur Kosten in Form von Geld, sondern auch Zeitaufwand, Einschränkung der Bequemlichkeit, Verlust von Prestige etc. Ist der Aufwand für eine solche Handlung jedoch mit hohen Kosten bzw. hoher Eigenleistung verbunden, ist ein entsprechendes Verhalten eher unwahrscheinlich (z. B. komplett auf das Autofahren zu verzichten). Man bezeichnet dies auch als High-Cost-Situation, die im Gegensatz zur Low-Cost-Situation steht (Preisdörfer/Diekmann 2001). Das heißt, Umwelt und Klima sind „Güter“, die aufgrund ihrer besonderen Merkmale übermäßig beansprucht werden. Sie werden auch als Allmendegüter bezeichnet. Beispiele dafür sind Wälder, Trinkwasser, Fischbestände in großen Gewässern, aber auch gemeinsam genutzte Räume in Miethäusern.

In nahezu allen energie- bzw. klimabezogenen Problemsituationen spielen diese beschriebenen sozialen Dilemmata eine Rolle (u. a. Ernst 2008). Sie zeichnen sich dadurch aus, dass individuelle Interessen (z. B. Auto- statt Fahrradfahren bei Regen, günstige Flugreise in die Ferien) und gesamtgesellschaftlich Erwünschtes (z. B. Klimaschutz) systematisch auseinanderfallen. Verschärft werden entsprechende Konstellationen, wenn der Einzelne nicht sicher sein kann, dass sich auch alle anderen in Richtung Klimaschutz verhalten und damit eine spürbare Verbesserung eintritt. Aus diesem Grund besteht ein starker Anreiz, eine Trittbrettfahrerposition einzunehmen, d. h., andere die Kosten und den Aufwand für den Klimaschutz tragen zu lassen, ohne selbst einen Beitrag zu leisten. Aus Sicht des Einzelnen ist dieses Verhalten auch nachvollziehbar und verständlich, denn wenn er damit rechnen muss, dass sich alle anderen „klimaschädlich“ verhalten, macht es ja aus der Sicht des Einzelnen keinen Sinn, beispielsweise auf den Komfort einer Pkw-Fahrt oder einer Flugreise zu verzichten.

In solchen sozialen Dilemmasituationen bleiben Informations- und Überzeugungsarbeit (siehe Punkt 3) in weiten Teilen wirkungslos (Krol/Zoerner 2008). Es ist Aufgabe des Staates, durch entsprechende gesetzliche Regelungen die Menschen zu klimafreundlichem Verhalten zu bewegen. Soziale Dilemmasituationen treten nicht nur im Hinblick auf Handlungen von Einzelpersonen auf, sondern sind auch im Verhalten von Unternehmen oder Staaten (z. B. bei Verhandlungen von Klimaschutzabkommen) zu beobachten.

3. Instrumente staatlicher Umwelt- und Klimaschutzpolitik

Im Wesentlichen lassen sich drei Ansatzpunkte für staatliche Umwelt- bzw. Klimaschutzpolitik unterscheiden:



- *Informations- und Aufklärungsmaßnahmen:* Ziel ist es, über Informationsangebote, Beratung und Bildungsmaßnahmen das Umweltbewusstsein zu schärfen, was zu umweltverträglichem Verhalten führt. Der Vorteil solcher Maßnahmen ist die relativ einfache Umsetzung. Auf der anderen Seite gibt es kaum Möglichkeiten zu prüfen, ob die Maßnahmen Wirkungen zeigen. Unabhängig davon übernehmen Aufklärung und Appelle jedoch wichtige Funktionen, denn das Wissen über ökologische Wirkungszusammenhänge ist zwingende Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten und stellt insofern den ersten Schritt dar. Sofern umweltgerechtes Handeln mit geringem persönlichem Aufwand verbunden ist, bestehen zudem gute Aussichten auf eine Änderung zugunsten von Umwelt und Klima.
- *Ordnungsrechtliche Maßnahmen:* Gemeint sind gesetzliche Auflagen in Form von Geboten (z. B. Einhaltung von Grenzwerten, Einhaltung von Normen beim Gebäudbau) und Verboten. Sie sind die am häufigsten eingesetzten Instrumente der Umwelt- und Klimapolitik. Der große Vorteil dieser Maßnahmen ist, dass Verstöße kontrolliert und sanktioniert werden können. Weiterhin lassen sich ökologische Ziele relativ treffsicher festlegen. Auf der anderen Seite macht die Auflagenpolitik den Umweltschutz manchmal unnötig teuer, denn die Regelungen behandeln jeden Verursacher gleich und berücksichtigen nicht verschieden hohe Kosten, die Verursacher zur Einhaltung der Vorgaben leisten müssen. Zudem gehen von Auflagen keine Anreize aus, über gesetzliche Vorschriften hinaus Schutzmaßnahmen zu ergreifen oder neue umwelt- und klimafreundliche Technologien zu entwickeln. Die Einführung solcher Maßnahmen stößt häufig auf Widerstand bei den Verursachern. Das sind nicht nur Unternehmen oder Verbände, sondern auch private Haushalte (z. B. Verschärfung Energieeinsparverordnung).
- *Ökonomische Instrumente:* Steuern und Subventionen sind Beispiele für Instrumente dieser Kategorie. Der Handel mit Emissionsrechten zählt ebenfalls zu den

ökonomischen Instrumenten, die auch als Marktinstrumente bezeichnet werden. Sie geben Anreize für eigenständige Problemlösungen, weil etwa eine Steuer die Nutzung der Umwelt zu einem Kostenfaktor macht, den Produzenten bzw. Käufer bei ihren Entscheidungen berücksichtigen müssen. Ein Vorteil wird darin gesehen, dass auf diese Weise ein Anreiz zur Forschung und Investition in alternative Technologien besteht. In der Praxis zeigt sich immer wieder, wie schwierig es ist, die exakte Höhe einer Steuer festzulegen, sodass von ihr auch Anreize zur Verhaltensänderung ausgehen und ein Umweltziel erreicht wird. Dabei kann es auch leicht zu Konflikten mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen oder Zielen (z. B. sozialer Ausgleich) kommen.

Welche Strategie bzw. konkrete Maßnahme sinnvoll und geeignet ist, hängt von dem zu lösenden Problem bzw. den gewünschten Wirkungen und Handlungsbedingungen ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in einer freiheitlich organisierten Wirtschaftsordnung, wie sie in der Bundesrepublik und auf europäischer Ebene gilt, staatliche Interventionen einer besonderen Begründung bedürfen. Grundsätzlich werden alle wirtschaftlichen Aktivitäten dezentral über Märkte abgewickelt.

4. Akteure der Klimapolitik

Unter dem Begriff „Klimapolitik“ werden alle politischen Prozesse zusammengefasst, die sich mit dem Eindämmen des Klimawandels bzw. der Anpassung an die durch die globale Erwärmung hervorgerufenen Veränderungen beschäftigen. Die Klimapolitik gilt als Teil der Umweltpolitik, weist aber viele Berührungspunkte zu anderen Politikfeldern, wie beispielsweise der Wirtschafts-, Außen- und Energiepolitik, auf.

Klimaschutzpolitik wird auf verschiedenen Ebenen betrieben. Aus Sicht Deutschlands ist die Europäische Union eine wichtige Größe. Zahlreiche Verordnungen und Richtlinien schreiben eine gemeinsame Richtung der Mitgliedsländer vor. Dies gilt auch für den Klimaschutz. Beispiele sind Vorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz, eine gemeinsame Position bei Verhandlungen über internationale Klimaschutzabkommen sowie der Emissionshandel in der EU. Auf internationaler Ebene ist die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen der wichtigste Ausdruck staatenübergreifender Klimaschutzpolitik. Auf dieser Ebene wurde zuletzt 2015 in Paris ein völkerrechtlich bindender Vertrag zum Klimaschutz abgeschlossen. Die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer haben darin in Form von Selbstverpflichtungen zugesichert, einen Beitrag zum internationalen Klimaschutz zu leisten. Ziel ist es, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf deutlich unter zwei Grad Celsius, idealerweise auf 1,5 Grad zu begrenzen (siehe Punkt 1). Aktuell (Mai 2018) haben 196 Staaten das Abkommen ratifiziert. Die USA sind 2017 aus dem Abkommen ausgestiegen.

Auf nationaler Ebene wird die Arbeit der Regierung mit den dazugehörigen Ministerien (federführend zuständig ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) durch verschiedene Institutionen unterstützt. So werden etwa zur Entscheidungsfindung bei komplizierten Sachverhalten Expertengremien zur Beratung eingesetzt. Ein Beispiel ist die sogenannte Kohlekommission, die aktuell Empfehlungen für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohlenutzung in Deutschland erarbeitet.

Die Kommission ist mit Mitgliedern aus der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Umweltverbänden und Gewerkschaften besetzt. Zudem gibt es institutionell eingerichtete Beratungsorgane, wie etwa den Rat für Nachhaltige Entwicklung (www.nachhaltigkeitsrat.de) oder den Sachverständigenrat für Umweltfragen (www.umweltrat.de). Auf administrativer Ebene gibt es zudem Einrichtungen, wie etwa das Umweltbundesamt, die Deutsche Emissionshandelsstelle etc., die im weitesten Sinne mit der Umsetzung der Klimapolitik beschäftigt sind. Eine wichtige Rolle spielen zudem Interessengruppen, wie Umweltschutzverbände, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften usw., die die Interessen ihrer Mitglieder in die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einbringen und vertreten. Dies geschieht in Form von Stellungnahmen, Eingaben, Mitarbeit in Gremien, Parteien etc., Proteste usw. (Kaminski et al. 2012).

Auf Ebene der Landesregierungen besteht die Aufgabe im Wesentlichen darin, konkrete Schritte einzuleiten, um die auf übergeordneter Ebene getroffenen Beschlüsse umzusetzen. Dazu werden in der Regel Programme mit konkreten Maßnahmen aufgestellt. So gibt es etwa in Niedersachsen sowohl

- ein Leitbild mit konkreten Zielvorgaben (u. a. Reduzierung der Treibhausgasemissionen zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990; nahezu vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien bis spätestens 2050 und eine vollständige Ausschöpfung der Potenziale für Energieeffizienz und Energieeinsparung) als auch
- ein integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm (IEKN) mit konkreten Maßnahmen (u. a. Erarbeitung eines Windenergieerlasses, Wiedervernässung von Mooren zur Minderung von CO₂-Emissionen, energetische Sanierung landeseigener Gebäude).

Eine wichtige Aufgabe ist es auch, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu ergreifen. In Niedersachsen gehören dazu beispielsweise vorbeugender Küstenschutz, Intensivierung von Katastrophenbekämpfungsmaßnahmen, Einrichtung einer Hochwasservorhersage-Zentrale und die Förderung von Forschungsarbeiten. An den politischen Prozessen auf Landesebene, wenn es etwa um die Erarbeitung von Beschlüssen und Programmen geht, sind daran ebenso wie auf den vorgelagerten politischen Instanzen betroffene Interessengruppen beteiligt. Über diese gestaltende Aufgabe hinaus können die Länder in bestimmten Fällen auch direkt Einfluss über den Bundesrat auf nationale Gesetzgebungsverfahren einnehmen.

Auf Ebene der Kommunen, also der Gemeinden, Städte und Landkreise, ist der Spielraum zur politischen Einflussnahme begrenzt. Dennoch sollte ihre Position nicht unterschätzt werden. Sie spielen eine wichtige Rolle, wenn es um die Umsetzung von Vorhaben direkt vor Ort geht. So obliegt ihnen beispielsweise die Ausweisung von Flächen für die Errichtung von Windkraftanlagen. Ebenso sind sie wesentlich an den Planfeststellungsverfahren für den Stromnetzausbau beteiligt. Viele Kommunen beteiligen sich zudem aktiv an Initiativen, in denen es beispielsweise um Klimaschutz, Energiesparen und Energieeffizienz geht.

Politische Entscheidungen sind das Ergebnis zahlreicher Interaktionen zwischen verschiedenen Akteuren, die ihre jeweils eigenen Interessen in den Prozess einbringen. Aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen, Positionen und Zielsetzungen ist es nicht

weiter überraschend, dass es zu Konflikten kommt, an deren Ende in der Regel eine Kompromisslösung steht. Mit der Umsetzung endet die Arbeit jedoch nicht, denn Maßnahmen sind ständig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Es kommt immer wieder vor, dass es neben intendierten Folgen auch nicht intendierte Effekte gibt, die einer Korrektur bedürfen. Ebenso machen es gesellschaftliche, kulturelle und technologische Veränderungen notwendig, Entscheidungen immer wieder auf Anpassungsbedarf hin zu untersuchen. Besonders deutlich zeigt sich dies an den Veränderungen, die die Verbreitung des Internets und die zunehmende digitale Vernetzung mit sich bringen. Datensicherheit, Schutz geistigen Eigentums, Verbraucherrechte sind in diesem Zusammenhang nur einige Stichworte. Dass politische Entscheidungen immer wieder überprüft und ggf. angepasst werden müssen, zeigt sich natürlich auch in der Klima- und Energiepolitik. Sehr anschaulich lässt sich dies am Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verdeutlichen, welches die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz regelt und deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen garantiert. Eingeführt wurde das Gesetz im Jahr 2000. Es erfolgten mehrere Novellierungen, in denen die Bedingungen für die Förderung und Vergütungssätze den sich verändernden Rahmenbedingungen (z. B. leistungsfähigere Anlagen durch technischen Fortschritt, Kostendegression bei den Anlagen) angepasst wurden. Die sechste und damit aktuell letzte Novellierung erfolgte 2016/2017.

Quellen und vertiefende Literatur:

BMUB Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2017): Umweltbewusstsein in Deutschland 2016, abrufbar unter: <https://www.bmu.de/publikation/umweltbewusstsein-in-deutschland-2016/>

Endres, A. (2013): Umweltökonomie, 4., aktual. u. erw. Aufl., Stuttgart: Kohlhammer Verlag

Ernst, A. (2008): Ökologisch-soziale Dilemmata, in: E.-D. Lantermann/V. Linneweber (Hg.): Grundlagen, Paradigmen und Methoden der Umweltpsychologie, Göttingen: Hogrefe, 377-413

IPCC (2018): Global Warming of 1.5°C, Summary for Policymakers, abgerufen unter: <http://www.ipcc.ch/report/sr15/>

Kaminski, H. (Hg.), Burkard, K.-J./Derks, C./Eggert, K./Kaminski, H./Koch, M./Schröder, R. (2012): oec. Grundlagen der Ökonomie, 2., vollst. überarb. Aufl., Braunschweig: Westermann

Krol, G.-J./Zoerner, A. (2008): Ökonomische Bildung, Allgemeinbildung und Ökonomie, in: Kaminski, H./Krol, G.-J. (Hg.): Ökonomische Bildung: legitimiert, etabliert, zukunftsfähig, Stand und Perspektiven, Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 91-130

Mankiw, N. G./Taylor, M. P. (2018): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 7. Aufl., Stuttgart: Schäffer-Poeschel

Preisendörfer, P./Diekmann, A. (2001): Umweltsoziologie: Eine Einführung, Hamburg: Rowohlt

Rieß, W. (2003): Die Kluft zwischen Umweltwissen und Umwelthandeln, in: Zeitschrift für Didaktik der Naturwissenschaften, 9, 147-159

Schahn, J./Matthies, E. (2008): Moral, Umweltbewusstsein und umweltbewusstes Handeln, in: E.-D. Lantermann/V. Linneweber (Hg.): Grundlagen, Paradigmen und Methoden der Umweltpsychologie, Göttingen: Hogrefe, 663-689

Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- ermitteln die Bewältigung des Klimawandels und die Gewährleistung von Klimaschutz als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jeder einen Beitrag leisten muss.
- beschreiben (Dilemma-)Situationen, in denen klimagerechtes Verhalten schwer zu realisieren ist.
- arbeiten heraus, dass es Aufgabe des Staates ist, private Haushalte und Unternehmen durch staatliche Eingriffe und Rahmensetzungen zu mehr Klimaschutz zu bewegen.
- erläutern, dass der Staat auf unterschiedlichen politischen Ebenen klimapolitisch aktiv ist und diese miteinander verflochten sind.
- beschreiben und analysieren zentrale Ansatzpunkte für staatliche Klimaschutzpolitik und setzen sich mit den Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Einflussnahme auseinander.
- erläutern, dass am (Klima-)politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen unterschiedliche Akteure beteiligt sind, die verschiedene Interessen und Positionen vertreten. Bei Konflikten müssen Kompromisse gefunden werden.
- diskutieren, inwiefern es bei der Realisierung von Klimaschutz zu Konflikten mit anderen Zielen kommt.
- erörtern, dass das Finden von gesellschaftlich tragfähigen Lösungen zur Bewältigung des Klimawandels und zur Förderung des Klimaschutzes eine komplexe Aufgabe ist.
- übertragen die am Beispiel der Herausforderung Klimaschutz gewonnenen Erkenntnisse und erworbenen Analyse- und Bewertungskompetenzen auf andere, ebenfalls bedeutende ökologische Probleme und erkennen strukturelle Gemeinsamkeiten.

Methodik

Mit Blick auf die Inhalte und Ziele der Unterrichtseinheit wurde ein stark durch die Lehrkraft gesteuerter Verlauf gewählt, der eher auf Nachvollziehen und Verstehen von Seiten der Schülerinnen und Schüler angelegt ist. So eignen sie sich über stark strukturierende Materialien grundlegende Begriffe und Strukturen der Thematik an und führen auf dieser Basis Analysen zur weiteren Erkenntnisgewinnung durch. Dabei liefern die Materialien immer wieder Anregungen und Impulse, selbstständig Überlegungen anzustellen, zu diskutieren und Standpunkte zu reflektieren.

Es handelt sich bei der hier skizzierten Struktur und methodischen Gestaltung um Anregungen. Dies gilt sowohl im Hinblick auf Sozialformen (z. B. Einzelarbeit, Gruppenarbeit, Frontalunterricht) als auch auf damit eng verbundene Aktionsformen (z. B. Texte lesen und interpretieren, Recherchen durchführen und auswerten, Ergebnisse einordnen und reflektieren). In Abhängigkeit von den Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler, der zur Verfügung stehenden Zeit und insbesondere der Zielsetzung des Unterrichts kann auch anders vorgegangen werden.

Aber auch der Einsatz aktiver, komplexer Lehr- und Lernverfahren sind denkbar und unterstützen – sofern sie entsprechend in den unterrichtlichen Kontext eingebettet sind – einen nachhaltig wirkenden Lernprozess. Beispiele können sein:

- Durchführung und Auswertung von Befragungen (z. B. Umfrage zu klimafreundlichem Verhalten, das trotz besseren Wissens häufig nicht umgesetzt wird)
- Durchführung einer Pro-Kontra-Debatte zu einer aktuellen Maßnahme zur CO₂-Reduzierung (z. B. Emissionsgrenzwerte für Pkw, Kohleausstieg in Deutschland).

Schlüsselstellen

An dieser Stelle möchten wir zumindest auf drei aus unserer Sicht wichtigen Aspekte hinweisen, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Unterrichtseinheit berücksichtigt werden sollten.

Die Schülerinnen und Schüler stoßen nicht unwissend auf die Themen Klimawandel, Klimaschutz und Klimapolitik. In den Medien wird darüber berichtet und auch im Unterricht in anderen Fächern bzw. in der Primarstufe werden in diesem Zusammenhang in der Regel Aspekte behandelt. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler bringen Vorkenntnisse und Meinungen mit. Diese stellen eine wichtige Lernvoraussetzung und Lernressource dar, weil die Lernenden alle Aspekte, die im nachfolgenden Unterricht dazu behandelt werden, vor diesem Hintergrund einordnen und interpretieren. Deshalb stellt diese Lernressource einen wichtigen Ansatzpunkt für die Unterrichtsplanung und -durchführung dar. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich im Unterricht ein Bild von den Vorstellungen und dem Vorwissen der Schülerinnen und Schüler zu verschaffen. Aufgrund der Komplexität und Verschiedenheit von Kognitionen kann es sich nur um einen grundlegenden Eindruck handeln, den man sich als Lehrkraft verschaffen kann. Die Phase 1 enthält Anregungen, wie dabei mit überschaubaren zeitlichen Ressourcen vorgegangen werden kann.

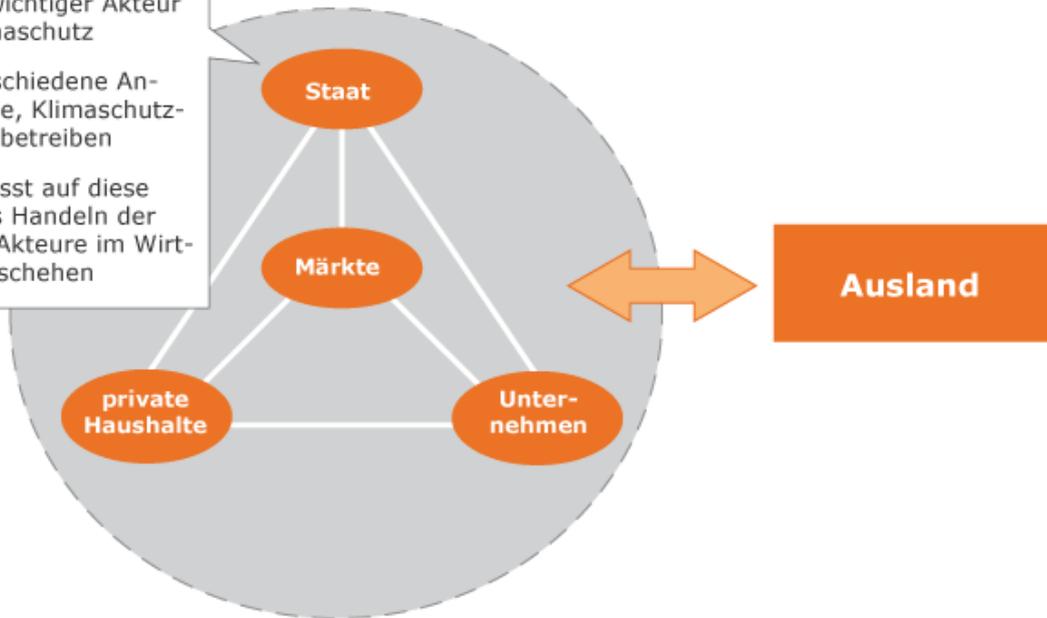
Das Thema Klimawandel lädt dazu ein, sich mit konkreten Maßnahmen im (Schul-)Alltag zu beschäftigen. Dieser Befund gilt in ähnlicher Weise für die Unterrichtseinheit „Private Haushalte und Energiesparen“, in der Hemmnisse bei energiesparendem und klimafreundlichem Verhalten noch tiefer behandelt werden. Dies soll in beiden Unterrichtseinheiten gerade nicht geschehen. Ausgangspunkt ist, dass es Situationen gibt, in denen sich Menschen trotz besseren Wissens nicht klimafreundlich verhalten. Dies gilt insbesondere für Dilemmasituationen, in denen individuelle Interessen und gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen in Konflikt zueinanderstehen. Vor diesem Hintergrund werden in der vorliegenden Einheit Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns zur Beeinflussung der Wirtschaftsakteure in Richtung Klimaschutz genauer beleuchtet. Dabei soll besonders der Blick darauf gerichtet werden, dass die am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess beteiligten Akteure aufgrund von verschiedenen Interessen, Positionen und Wertorientierungen zu unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich der Ausgestaltung konkreter Maßnahmen kommen können. Das heißt, politisches Handeln ist in der Regel immer Ergebnis von Aushandlungsprozessen. Wünschenswert ist es dabei, die Schülerinnen und Schüler dafür zu sensibilisieren, andere Positionen anzuerkennen, zu reflektieren und zu beurteilen. Dazu kann auch gehören, die eigene Position zu hinterfragen und auch Diskrepanzen zwischen unterschiedlichen Sichtweisen auszuhalten.

Auf ein weiteres, zentrales Anliegen soll an dieser Stelle hingewiesen werden. Die Bewältigung des Klimawandels ist eine komplexe Aufgabe. Aufgrund der vielfältigen Wirkungszusammenhänge ist es nicht immer leicht einzuschätzen, welche Maßnahmen in welcher Weise wirken. Zudem sind neben ökologischen Erfordernissen auch technische Restriktionen sowie ökonomische und soziale Belange zu berücksichtigen. All dies macht deutlich, wie schwierig das Finden von gesellschaftlich tragfähigen Lösungen ist. Vorschläge, die eine schnelle Lösung versprechen, sollten deshalb umsichtig und sorgfältig reflektiert werden (z. B. mit Blick auf die darin enthaltenen Verhaltensannahmen).

Schülermaterialien

Strukturgrafik

- ist ein wichtiger Akteur beim Klimaschutz
- hat verschiedene Ansatzpunkte, Klimaschutzpolitik zu betreiben
- beeinflusst auf diese Weise das Handeln der weiteren Akteure im Wirtschaftsgeschehen



Übersicht der Schülermaterialien

16

Lernprozessphase	Nr.	Titel	Beschreibung
Problemlösender Aufbau	M1	Klimapolitik – aktuelle Themen	Aktuelle Meldungen zur Klimapolitik und zum Klimaschutz werden kurz dargestellt. Die Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, sich dem Thema zu nähern sowie Akteure und zentrale Themenfelder herauszuarbeiten.

<i>Ergänzendes oder alternatives Zusatzmaterial zu M1</i>				
	Z1	Klimapolitik – Assoziationen abfragen	In diesem Material geht es darum, Vorwissen und Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler abzurufen bzw. abzufragen. Dazu wird als Beispiel das digitale Tool „Mentimeter“ vorgestellt, mit welchem mittels der Smartphones der Schülerinnen und Schüler Assoziationen zu den Schlagworten Klimapolitik oder Klimaschutz abgefragt werden können.	
	Z2	Klimapolitik – aktuelle Themen sammeln	Mithilfe dieses Materials können die Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler eine Recherche zu aktuellen Themen in den Medien durchführen und die Ergebnisse gemeinsam auswerten lassen. Hierfür wird das digitale Tool „padlet“ vorgestellt, mit dem die verschiedenen Recherche-Ergebnisse auf einer digitalen Pinnwand zusammengeführt und geordnet werden.	
	Z3	Vorwissen Klimawandel/Klimapolitik	In diesem Material wird der Lehrkraft die Methode Placemat als Möglichkeit der Sichtbarmachung von Schülervorstellungen zum Klimawandel und Klimaschutz vorgeschlagen. Es werden Kopiervorlagen in zwei Varianten angeboten.	
	Z4	Klimapolitik aktuell – Zeitungsmeldungen analysieren	Anstelle der dargebotenen aktuellen Meldungen in M1 werden die Schülerinnen und Schüler mit diesem Material aufgefordert, selbst zwei Wochen lang Zeitungsmeldungen zu sammeln und auszuwerten. Hier gilt es, den Schülerinnen und Schülern frühzeitig den Arbeitsauftrag zu erteilen.	
Durcharbeiten einer Struktur	M2	Warum brauchen wir Klimapolitik?	Das Arbeitsblatt im Zusammenspiel mit einem Video liefert die Grundlage, um sich mit der Frage auseinanderzusetzen, warum wir Klimapolitik brauchen. Die Schülerinnen und Schüler ergründen die Notwendigkeit von Klimapolitik und dem Eingreifen des Staates in den Klimaschutz.	
	<i>Ergänzendes oder alternatives Zusatzmaterial zu M2</i>			
	Z5	Dilemma-Strukturen	Das Zusatzmaterial bietet mittels Video die Möglichkeit, sich intensiver mit Dilemma-Strukturen auseinanderzusetzen.	
	Z6	Umfrage: Klimafreundliches Verhalten	Das Material unterstützt die Schülerinnen und Schülern bei der Durchführung einer Umfrage. Thema der Umfrage ist, warum klimafreundliches Verhalten nicht immer funktioniert, obwohl das Wissen um das richtige Verhalten vorhanden ist.	

Z7	Klima als öffentliches Gut	Mittels Video und dazugehörigem Arbeitsblatt setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit dem Klima als öffentlichem Gut auseinander.
Z8	Klimapolitik und Klimaschutz: Jeder muss mitmachen	Das Material erläutert den Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Gütern. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten, warum Klima ein öffentliches Gut ist und welche Probleme sich dadurch für den Klimaschutz ergeben.
M3	Klimaschutz fördern – aber wie?	Das Material bietet einen Überblick verschiedener Instrumente, die zur Förderung des Klimaschutzes eingesetzt werden.
<i>Ergänzendes oder alternatives Zusatzmaterial zu M3</i>		
Z9	Nudging als Instrument der Politik	Mit einem Video und Arbeitsblatt setzen sich die Schülerinnen und Schüler kritisch mit einem konkreten Instrument der Politik auseinander: dem sogenannten Nudging.
Z10	Instrumente der Klimapolitik	Das Material stellt drei grundsätzliche Kategorien vor, in die staatliche Instrumente der Klimapolitik eingeordnet werden können.
M4	Wer macht Klimapolitik?	Das Material informiert umfassend über die verschiedenen Ebenen der Klimapolitik. Dabei knüpft das Material an das Vorwissen der Schülerinnen und Schüler an und fordert diese auf, sich mit Klimapolitik auf allen politischen Ebenen auseinanderzusetzen.
<i>Ergänzendes oder alternatives Zusatzmaterial zu M4</i>		
Z11	Klimaschutz als globale Aufgabe	Das Material verdeutlicht, warum Klimaschutz nur als globale Aufgabe verstanden werden kann und wie versucht wird, dem Ziel eines globalen Klimaschutzes durch Klimakonferenzen und internationale Klimaabkommen näher zu kommen. Dabei werden insbesondere die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit thematisiert.
Z12	Auswertung Klimakonferenz	Das Material bietet einen Auswertungsbogen, mithilfe dessen die Schülerinnen und Schüler eine aktuelle Klimakonferenz auswerten und die Ergebnisse im Klassenverband diskutieren können.

	Z13	Klimapolitik auf Bundesebene	Am Beispiel des Ausstiegs aus der Kohlenutzung wird die Klimapolitik auf Bundesebene thematisiert. Die Schülerinnen und Schüler erfahren, wie schwer eine Lösung herbeizuführen ist. Anhand des Beispiels erarbeiten sie sich die Akteure, Interessenkonflikte und beschlossenen Maßnahmen.
	Z14	Deutschland verfehlt Klimaschutzziele	Mit einem Arbeitsblatt plus Audio wird das Verfehlen Deutschlands bei den Klimazielen thematisiert. Die Schülerinnen und Schüler werden aufgefordert zu ergründen, welche Schwierigkeiten beim Erreichen von Klimaschutzzielen bestehen.
	Z15	Welchen Einfluss hat die EU in ihren Mitgliedsstaaten?	Mit dem Material wird die Klimapolitik auf Ebene der EU in den Mittelpunkt gerückt. Von den Schülerinnen und Schülern wird der Einfluss der EU in ihren Mitgliedsstaaten herausgearbeitet.
	Z16	Die EU und ihre Mitgliedsstaaten – Interessenkonflikte	Am Beispiel der von der EU festgelegten Grenzwerte für Stickoxide wird mit dem Material der Einfluss der EU auf ihre Mitgliedsstaaten bearbeitet und hier insbesondere dadurch entstehende Dilemma-Situationen für Bund und Kommunen.
	Z17	Klimapolitik auf Landesebene – zentrale Akteure	Das Material bietet die Möglichkeit, sich intensiv mit Klimapolitik auf Landesebene (Niedersachsen) auseinanderzusetzen und beispielhafte Akteure näher zu beleuchten.
	Z18	Klimaschutz und Klimapolitik in deiner Kommune	In diesem Material werden die Schülerinnen und Schüler aufgefordert, sich mit dem Klimaschutzkonzept ihrer Kommune genauer auseinanderzusetzen. Die Ergebnisse werden kreativ aufgearbeitet und der Klasse präsentiert.
	Z19	Energie- und Klimapolitik vor Ort: Welchen Einfluss haben Umweltverbände?	Beispielhaft wird der NABU e. V. als ein klimapolitischer Akteur vor Ort vorgestellt. Die Schülerinnen und Schüler arbeiten die Einflussmöglichkeiten von Umweltverbänden auf klimapolitisches Geschehen heraus.
Üben und Wiederholen	M5	Richtig oder falsch?	Bei dieser Übung wiederholen die Schülerinnen und Schüler anhand von Aussagen, die sie als richtig oder falsch identifizieren müssen, zentrale Inhalte der Unterrichtseinheit.

<i>Ergänzendes oder alternatives Zusatzmaterial zu M5</i>			
	Z20	Collage Klimaschutz	Das Material bietet einen Impuls, erworbenes Wissen zu ordnen und dabei visuell vorzugehen.
	Z21	Klimapolitik: Was passiert in der Europäischen Union? (Lückentext)	Mittels Lückentext wiederholen die Schülerinnen und Schüler Einfluss und Möglichkeiten der klimapolitischen Ebene der EU.
	Z22	Warum ist Klimaschutz so schwer?	Die Schülerinnen und Schüler werden aufgefordert, selbst ein Informationsmaterial zu Klimaschutz und Klimapolitik zu erstellen und dabei zu erläutern, warum Klimaschutz so schwer ist.
Transfer	M6	Umweltprobleme lösen – eine schwierige Aufgabe (Analysebogen)	Das Material verdeutlicht, dass neben dem Klimaschutz weitere Umweltprobleme anzugehen sind und die Politik entsprechende Maßnahmen ergreifen muss. Den Schülerinnen und Schülern wird ein Analysebogen angeboten, damit sie sich eigenständig mit einem aktuellen Problem, für das die Politik nach Lösungen sucht, auseinandersetzen können.
	<i>Ergänzendes oder alternatives Zusatzmaterial zu M6</i>		
	Z23	Insektensterben als Herausforderung für die Umwelt	Das Material kann für den Analysebogen in M6 genutzt werden. Es thematisiert das Bienensterben als ein Problem des Umweltschutzes.
	Z24	Kampf gegen Plastik im Meer	Das Material kann für den Analysebogen in M6 genutzt werden. Es thematisiert den Umgang mit Plastik und dessen Auswirkungen auf die Umwelt als ein Problem des Umweltschutzes.